

Krankenkassenprämien | Anstieg wird ungebremst weitergehen

Die Befürworter einer Einheitskasse freuts

HEROLD BIELER

SITTEN | Die Krankenkassenprämien werden auch 2019 deutlich steigen, gemäss Comparis mindestens um vier Prozent. Das ist keine Überraschung – und spielt den Verfechtern einer Einheitskasse in die Hände.

Das Monitoring der Krankenversicherungskostenentwicklung (MOKKE) des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zeigt fürs erste Quartal 2018 zwar einen Rückgang der Bruttoleistungen pro Versicherten von total 4,5 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode. «Doch das ist bloss ein Strohfeder. Arztpraxen und Spitäler sind mit der Fakturierung im Rückstand, weil sie den bundesrätlichen Tarmed-Eingriff noch nicht im Griff haben», warnt Felix Schneuwly, Krankenkassen-Experte beim Online-Vergleichsdienst Comparis. Die Abrechnungsdaten der Krankenversicherungskosten des ersten Quartals 2018 erweckten damit den Eindruck, der Kostenanstieg sei nun endlich gedämpft worden. Schneuwly hält das für falsch: «2019 ist erneut mit einem Anstieg der Grundversicherungsprämien von rund vier Prozent zu rechnen.»

Tarmed-Korrekturen ohne Wirkung?

Schneuwly befürchtet zudem, dass die Tarifsenkungen länger-

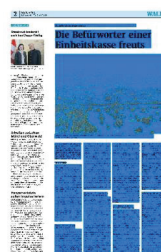
fristig grösstenteils umgangen werden. Hierzu verweist er auf die erste bundesrätliche Tarmed-Korrektur von 2014. Dabei sollten die Grundversorger dank gezielter Korrekturen von einzelnen der über 4000 Tarifpositionen 200 Millionen Franken erhalten. Dieser Betrag hätte bei den Spezialärzten eingespart werden sollen. «Doch der Tarmed-Dschungel liess den Ärzten und Spitälern genug Spielraum, um die besseren Tarifpositionen bei der Fakturierung zu nutzen und die schlechteren zu vermeiden», so Schneuwly. Laut ihm wird dieser Spielraum auch nach dem zweiten Tarifeingriff genutzt. «Die Kassen können nicht kontrollieren, ob die Tarifpositionen auf den Rechnungen tatsächlich den erbrachten Leistungen entsprechen», sagt er. Ein ähnlich verpuffter Kostensenkungseffekt ist laut dem Experten auch bei den Medikamenten zu beobachten. Für Schneuwly ist klar: «Nicht die Preise oder Tarife, sondern primär die Menge der konsumierten Medizin treibt die Kosten der Grundversicherungsprämien in die Höhe.»

Kein guter Zeitpunkt für höhere Taxpunktswerte

Nachhaltig zur Eindämmung des Kostenanstiegs trägt laut Schneuwly der schwächere Anstieg der stationären Leistungen bei. Ein gutes Rezept wäre für Schneuwly einheitliche Finanzie-

rung (EFAS). Heute gehe die Verlagerung von stationär zu ambulant voll zulasten der Prämienzahler. Die Kantone würden derweil trotz Einsparungen weder die Steuern senken noch die Prämienverbilligungen erhöhen. Die nationalrätliche Gesundheitskommission schlägt deshalb vor, dass sich die Kantone an den stationären und ambulanten Kosten mit 25,5 Prozent und die Kassen mit 74,5 Prozent beteiligen. Laut der Walliser Gesundheitsdirektorin Esther Waeber-Kalbermatten müssten sich die Versicherten im Gegenzug auch an den Kosten für die Alterspflege beteiligen.

Mangels Übereinkommen unter der Mehrheit der Krankenversicherer und den Walliser Leistungserbringern über die Taxpunktswerte Tarmed 2017 hat der Staatsrat im Juni 2017 provisorische Tarife festgelegt. Weil es immer noch keine Einigung unter der Mehrheit der Krankenversicherer gibt, haben Spital Wallis, Spital Riviera-Chablais, die Privatkliniken sowie die Walliser Ärztesgesellschaft den Kanton gebeten, hoheitliche Tarife festzulegen. Diese belaufen sich auf 0.87 Franken für Spital Wallis und die Privatkliniken und auf 0.82 Franken für die unabhängigen Ärzte. Das Tariffestlegungsverfahren läuft immer noch. Bei dem weiterhin ungebremsten Prämienanstieg sind auch die Chancen der Walliser Leistungserbringer gering,



dass der Grundtarif überhaupt angehoben wird. Eine Anhebung von nur einem Rappen würde bereits Mehrkosten von mehreren Millionen Franken zur Folge haben. Die Gesundheitskosten im Wallis belaufen sich auf 1,2 Milliarden Franken.

Der nächste Anlauf für eine Einheitskasse

In den letzten 25 Jahren hat das Schweizer Stimmvolk zwar viermal klar Nein zu einer staatlichen Einheitskasse gesagt. 1994 mit 77 Prozent, 2003 mit 73 Prozent, 2007 mit 71 Prozent und 2014 mit 61,5 Prozent Nein-Stimmen. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich also mehrmals für Wettbewerb und Wahlfreiheit in der solidarisch finanzierten Grundversicherung ausgesprochen.

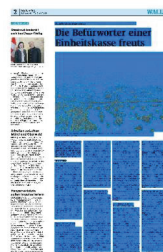
Trotzdem starteten Westschweizer Konsumentenvereinigungen einen weiteren Anlauf. Auf dem Initiativweg will man nun kantonale Ausgleichskassen

introduzieren. Im Herbst 2017 wurde die Volksinitiative «Krankenversicherung: Für die Organisationsfreiheit der Kantone» publiziert. Kantone sollen eine kantonale oder interkantonale Einrichtung nach dem Modell einer Ausgleichskasse schaffen können. Im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sollen dabei die Prämien festgelegt, erhoben und die Kosten finanziert werden. Zudem soll sie sich an der Finanzierung von Präventions- und Gesundheitsförderungsprogrammen beteiligen. Die kantonale Einrichtung soll für alle Versicherten der betroffenen Region eine einzige Prämie anbieten, je nach Versicherungsmodell und Franchise. Die Versicherer sollen weiterhin die administrative Arbeit erledigen und dafür entschädigt werden. Die Sammelfrist läuft im April 2019 ab.

Stimmung könnte kippen

Die Initiative wird sicher zustande kommen. Im Initiativkomitee finden sich auch kantonale Parlamentsmitglieder von FDP und CVP. Die Auswirkungen auf die Kostenentwicklung und die Prämien sind aber schwer zu beziffern. Fakt ist allerdings, dass 95 Prozent der Kosten in der Krankenversicherung durch Ärzte, Spitäler, Therapeuten oder Apotheken verursacht werden und pro Prämienfranken gerade einmal fünf Rappen auf die Administrationskosten der Versicherer entfallen.

Stets steigende Prämien und gut dotierte Spitzenpositionen führen offenbar auch bei der Bevölkerung zu einem Umschwung. Eine Umfrage des Instituts M.I.S. Trend vor einem Jahr zeigte, dass sich zwei Drittel eine Einheitskasse in der Grundversicherung vorstellen könnten. Die ersten Prognosen lassen für 2019 kaum Besserung erhoffen. Die Befürworter einer Einheitskasse freuts.



Ungebremst. Die Kosten im Gesundheitswesen steigen auch 2018. Damit werden 2019 auch wieder höhere Kosten für die Krankenversicherung fällig.

FOTO WB